

Magistratsvorlage

Wissenschaftsstadt
Darmstadt



Eingang Magistrats- geschäftsstelle: 23.09.2020	an den Magistrat ☐ zur Kenntnis ☒ zur Beschlussfassung	Beteiligt vor Magistratsbeschlussfassung:
Dezernat I Amt: Amt für Interkulturelles und Internationales	an die Stadtverordnetenversammlung ☐ OBW zur Befassung ☒ zur Kenntnis ☐ zur Beschlussfassung ☐ zur abschließenden Beschluss- fassung Fachausschuss Behandlung in Ja Nein öffentl. Sitzung ☒ ☐	Amt für Interne Dienste Amt für Wirtschaft und Stadtentwicklung Dezernat IV ☐ OBW bei abschl. Beschlussfassung Magistrat
Verteiler:	Ja Nein Internetfähig ☒ ☐	Vorlage-Nr. 2020/0203 Magistratsbeschluss-Nr.
Produkt-Nr.: Kostenstelle: 531-002-1000 Kostenträger: 1114-21		
Investitionsnummer: Sachkonto: 6139000		

Betreff: Durchführung einer Beschäftigtenbefragung zum Migrationshintergrund im Herbst 2020

Vorlage vom: 21.09.2020

Beschlussvorschlag:

1. Der Magistrat beauftragt die Unterarbeitsgruppe „Beschäftigtenbefragung“ der Steuerungsgruppe Interkulturelle Öffnung der Verwaltung, unter Federführung des Amtes für Interkulturelles und Internationales, mit der Durchführung der Beschäftigtenbefragung zur Erfassung des Migrationshintergrundes.
2. Der Magistrat stimmt dem für die Umfrage vorgesehenen Fragebogen zu; die erforderlichen Mittel in Höhe von 5.000 Euro stehen im Haushalt 2020 unter der Kostenstelle 531-002-1000, SK 6139000, Kostenträger 1114-21 zur Verfügung.

Anlagen: Fragebogen_Befragung_MiHi2020
Anschreiben_Befragung_MiHi2020

Datenschutzrelevante Anlage: ☐

Folgekosten: ☐ Ja ☒ Nein

Beschluss des Magistrats vom

Begründung zur Magistratsvorlage vom 21.09.2020

Im Jahr 2012 hat der Magistrat mit dem Magistratsbeschluss 2012/0195 die Interkulturelle Öffnung der Verwaltung als wichtige integrationspolitische Aufgabe festgelegt und deren Umsetzung beschlossen. Ein Ziel dieses Prozesses ist die Erhöhung des Anteils von städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie Auszubildenden mit Migrationshintergrund entsprechend ihres Anteils an der Gesamtbevölkerung. Im Rahmen dieser Zielsetzung soll regelmäßig eine Beschäftigtenbefragung durchgeführt werden, um zu erheben, wie hoch der Anteil an Beschäftigten der Stadtverwaltung mit Migrationshintergrund ist (siehe Magistratsbeschluss 2012/0195, Strategisches Ziel 1, Operatives Ziel 1, 1. Maßnahme). Die Unterarbeitsgruppe „Beschäftigtenbefragung“ unter Beteiligung des Gesamtpersonalrats, des Personalrats, des Amtes für Wirtschaft und Stadtentwicklung – Abteilung Statistik und Stadtforschung, der Datenschutzbeauftragten und des Amtes für Interkulturelles und Internationales wurde damit beauftragt, eine Beschäftigtenbefragung zum Migrationshintergrund durchzuführen; diese wurde im Jahr 2015 erstmals durchgeführt (s. Magistratsbeschluss 2015/0120). Die Ergebnisse weisen darauf hin, dass der Anteil der Beschäftigten mit Migrationshintergrund weit niedriger ist als der Anteil der Gesamtbevölkerung Darmstadts mit Migrationshintergrund. In der Wissenschaftsstadt Darmstadt haben ca. 40% der Bürgerinnen und Bürger einen Migrationshintergrund.

Laut Magistratsbeschluss 2012/0195 ist die Beschäftigtenbefragung regelmäßig durchzuführen. Die Unterarbeitsgruppe „Beschäftigtenbefragung“ und die Steuerungsgruppe „Interkulturelle Öffnung der Verwaltung“ empfehlen, eine Befragung unter Beteiligung des EAD im Jahr 2020 durchzuführen, um den aktuellen Stand zu erfassen.

Die Beschäftigtenbefragung richtet sich an Beamtinnen und Beamte, Tarifbeschäftigte, Auszubildende sowie Praktikantinnen und Praktikanten. Das Anschreiben wird in zweifacher Ausfertigung, in deutscher und einfacher Sprache, zusammen mit dem Fragebogen verschickt.

Die Beschäftigtenumfrage unter Beteiligung des EAD wird als Vollerhebung durchgeführt. Die Teilnahme an der Befragung erfolgt freiwillig. Die gemachten Angaben werden nach den strengen Anforderungen des Datenschutzes ausschließlich in der Abteilung Statistik und Stadtforschung ausgewertet. Die Auswertung wird so vorgenommen, dass die Anonymität der Beschäftigten in jedem Fall gewährleistet ist. Es werden nur zusammengefasste Gruppenergebnisse weitergegeben, die einen Rückschluss auf einzelne Personen unmöglich machen.

Die Versendung der Fragebögen ist zum Oktober 2020 geplant. Die ausgefüllten Fragebögen sind innerhalb von 4 Wochen zurückzusenden. Die Ergebnisse werden im Frühjahr 2021 vorliegen.

Die Magistratsvorlage inklusive Fragebogen und Anschreiben ist mit der Abteilung Statistik und Stadtforschung sowie dem Datenschutz abgestimmt. Der Gesamtpersonalrat hat der Maßnahme in seiner Sitzung am 10.09.2020 zugestimmt.

Darmstadt, 21.09.2020

Dezernat I

Jochen Partsch
Oberbürgermeister